



# Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

09.07.2019

Pressesprecherin:  
Kristina Fabijancic-Müller  
Telefon +49 711 22572-34  
Mobil +49 160 97272863  
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

## **Pressemitteilung des Gemeindetags zum Finanzreport 2019 der Bertelsmann-Stiftung**

### **Herausforderungen für baden-württembergische Kommunen lassen keine Zeit für Freude über gute Einnahmesituation**

Die Ergebnisse des neuesten Finanzreports der Bertelsmann-Stiftung sind für die baden-württembergischen Städte und Gemeinden auf den ersten Blick positiv: Die Steuereinnahmen haben sich, ebenso wie im gesamten Bundesgebiet, im Jahr 2018 sehr gut entwickelt. Für Gemeindetagspräsident Roger Kehle allerdings noch lange kein Grund zu jubeln: „Es ist zwar zunächst erfreulich, dass wir eine gute Einnahmesituation haben. Ein Blick auf die Ausgabenseite reicht aber, um zu sehen, dass die deutlich steigenden Ausgaben, vor allem im Sozialbereich, uns eher nachdenklich stimmen. Wenn uns selbst in guten Zeiten die Sozialausgaben davonlaufen, müssen wir uns fragen, was wir machen, wenn die Wirtschaft schwächelt? Aktuellen Prognosen zufolge ist das nämlich nicht auszuschließen.“

Dass auch in einnahmestärkeren Kommunen, wie denen im Südwesten, jeder Euro auf der örtlichen Ebene gebraucht wird, steht für Kehle außer Zweifel. „Gerade in Baden-Württemberg macht der stetig anhaltende Bevölkerungszuwachs viele kommunale Investitionen notwendig. Wir freuen uns über die höhere Geburtenrate und die Zuzüge. Wir müssen den Menschen aber gleichzeitig alles bieten, um den hohen Lebensstandard in unserem Land auch künftig zu sichern. Das heißt, unsere Städte und Gemeinden stehen vor der Herausforderung, viel investieren zu müssen. Wir müssen neue Kindergärten bauen, Schulen sanieren oder neue Schulgebäude errichten. Zentrale Aufgabe ist derzeit, dafür zu sorgen, dass viel mehr Wohnraum entsteht, denn der ist auch in Baden-Württemberg Mangelware. Zudem werden den Kommunen neue Aufgaben übertragen: Klimaschutz, Energie und Mobilitätswende können vor Ort nicht hergezaubert werden. Die notwendigen Maßnahmen werden viel Geld verschlingen“, erklärt der Gemeindetagspräsident.

Darüber hinaus widerspricht er der schönen Vorstellung, dass jeder Steuereinnahmeerwerb vollständig bei den Städten und Gemeinden bleibt: „Es reicht nicht, nur die kommunalen Einnahmen pro Kopf zu betrachten, bei denen Baden-Württemberg laut Finanzreport zunächst an der Spitze steht. Man muss wissen, dass ein Teil des Geldes bei uns in den Verteiltopf des Finanzausgleichs fließt. Damit verbleibt also leider nur ein Anteil der Einnahmen direkt bei den Kommunen.“ Nach dieser Umlage rutscht Baden-Württemberg im Bundesvergleich auf Platz 4 der Rangliste der Einnahmen je Einwohner, hinter Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern.